



**Textdokumentation**

**zur Veröffentlichung im Internet**

**über die öffentliche Anhörung**

**in der 35. Sitzung des**

**Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten**

**am 29. Mai 2019**

**in Magdeburg, Landtagsgebäude**

**Tagesordnung:**

**Seite:**

**Extremwetterereignisse/Einrichtung eines Extrem-  
wetterfonds**

Selbstbefassung Fraktion CDU - **ADrs. 7/LAN/50**

**Anhörung**

Deutscher Wetterdienst	4
Bauernverband Sachsen-Anhalt e. V.	8
Bauernbund Sachsen-Anhalt e. V.	15
Waldbesitzerverband Sachsen-Anhalt e. V.	18
Pächterverband Sachsen-Anhalt e. V.	27

**Anwesende:**

**Ausschussmitglieder:**

Abg. Bernhard Daldrup, Vorsitzender	CDU
Abg. Carsten Borchert	CDU
Abg. Guido Heuer	CDU
Abg. Detlef Radke	CDU
Abg. Andreas Schumann (i. V. d. Abg. Dietmar Krause)	CDU
Abg. Hannes Loth	AfD
Abg. Willi Mittelstädt	AfD
Abg. Daniel Roi	AfD
Abg. Kerstin Eisenreich	DIE LINKE
Abg. Guido Henke	DIE LINKE
Abg. Jürgen Barth	SPD
Abg. Ronald Mormann	SPD
Abg. Dorothea Frederking	GRÜNE

Ferner nimmt Abg. Detlef Gürth (CDU) an der Sitzung teil.

**Von der Landesregierung:**

**vom Ministerium für Umwelt, Landwirtschaft und Energie:**

Ministerin Prof. Dr. Claudia Dalbert  
Staatssekretär Dr. Ralf-Peter Weber

**Textdokumentation:**

Stenografischer Dienst

**Vorsitzender Bernhard Daldrup** eröffnet die Sitzung um 10:02 Uhr.

### Zur Tagesordnung:

#### **Extremwetterereignisse/Einrichtung eines Extremwetterfonds**

##### **Selbstbefassung Fraktion CDU - A Drs.7/LAN/50**

Dem Ausschuss liegen eine Powerpoint-Präsentation des Deutschen Wetterdienstes vom 29. Mai 2019 (**Vorlage 1**) sowie schriftliche Stellungnahmen des Waldbesitzerverbandes Sachsen-Anhalt vom 29. Mai 2019 (**Vorlage 2**) und des Bauernbundes Sachsen-Anhalt vom 29. Mai 2019 (**Vorlage 3**) vor.

**Abg. Guido Heuer (CDU):** Diesen Selbstbefassungsantrag haben wir als CDU-Fraktion gestellt, da wir es aufgrund der Schadensereignisse der letzten anderthalb bis zwei Jahre, seien es Stürme, Dürre oder Schädlingsaufkommen, und der Diskussionen um Hilfen für die Land- und die Forstwirtschaft für dringend erforderlich gehalten haben, diesen Bereich zukunftssicher aufzustellen.

Wir beantragen, einen Extremwetterereignisfonds unabhängig vom Landeshaushalt einzurichten. Für die Erarbeitung eines entsprechenden Konzepts sind im Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2019 Mittel in Höhe von 50 000 € bereitgestellt worden. Die Landesregierung wird beauftragt, ein Konzept dafür zu erarbeiten, wie ein solcher Fonds aufgestellt werden könnte.

In der heutigen Sitzung findet eine Anhörung der Betroffenen statt. Dies ist sinnvoll, damit der Extremwetterereignisfonds auch im Konsens funktioniert. Denn Extremwetterereignisse betreffen letztlich nicht nur die Land- und die Forstwirtschaft, sondern auch die Wirtschaft und die Kommunen. Wenn man einen solchen Fonds zukunftsfähig aufstellen will, dann müssen die Begünstigten, die empfangsberechtigt wären, berücksichtigt werden.

Das zu erarbeitende Konzept muss berücksichtigen, dass im Vorfeld auch eingezahlt werden muss, in welcher Höhe eingezahlt werden muss und wie man dies gestaltet. Ich bin gespannt auf die Ausführungen der Landesregierung.

**Abg. Guido Henke (DIE LINKE):** Unsere Fraktion begrüßt die Initiative der Kollegen der CDU-Fraktion. Das baut darauf auf, was die PDS schon im Jahr 2006 in die Wege zu leiten versuchte. Allerdings, Herr Vorsitzender, wir finden es nicht in Ordnung, dass in Vorbereitung der heutigen Sitzung nicht alle Fraktionen dazu befragt worden sind, ob sie Vorschläge zu dem Kreis der Anzuhörenden unterbreiten wollen. Sie haben mit Ihrem Antrag die Anzuhörenden und die Zielrichtung der Anhörung vorgeschlagen - das ist völlig legitim -, aber es wäre gut gewesen, wenn der Ausschussvorsitzenden nachgefragt hätte, ob es noch weitere Vorschläge gibt. - Das als Hinweis für künftige ähnlich gelagerte Anträge.

**Vorsitzender Bernhard Daldrup:** Sollte ich es vergessen haben, den Fraktionen diese Möglichkeit einzuräumen, dann bitte ich um Entschuldigung dafür. Das war keine Absicht. Es ist ein übliches Verfahren, dass jede Fraktion die Möglichkeit hat, Vorschläge zu Anzuhörenden zu unterbreiten.

Ich will darauf hinweisen, dass wir die Anhörung zu diesem Selbstbefassungsantrag in öffentlicher Sitzung behandeln. In einem sich anschließenden nichtöffentlichen Teil der Sitzung wird dann über den Selbstbefassungsantrag beraten werden.

## **Anhörung**

### **Deutscher Wetterdienst (DWD)**

**Falk Böttcher (DWD):** Aktuell ist Sachsen-Anhalt in großen Teilen schon wieder von Trockenheiten betroffen. Das ist eine Spielart der Extremwetterereignisse, die wir beschreiben müssen. Ich habe Ihnen in der Präsentation (Vorlage 1) einige Hintergrundinformationen dazu aufgelistet.

Das Thema, über das wir hier diskutieren, ist für die Wissenschaft eigentlich nicht neu. Auch das Thema der Ursachen ist nicht neu. Svante Arrhenius hat dazu schon im Jahr 1896 diskutiert. Wir greifen auf die Dinge zurück, die der Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC) veröffentlicht. Der IPCC forscht nicht selbst, sondern ist ein Gremium, das die wissenschaftliche Literatur, die in dem jeweils zurückliegenden Zeitraum entstanden ist, auswertet und zusammenträgt.

Das Bild zeigt uns, dass der Mensch für die Prozesse, die wir als Klimawandel derzeit betrachten müssen, eine gewisse Mitverantwortung trägt und zumindest in den letzten 50 Jahren die Richtung vorgibt. Das Bild ist global einheitlich, insofern können wir uns auf dieses eine Bild konzentrieren. Wir sehen die Klimamodelle und die natürlichen Treiber - das ist der blaue Sektor. Zurückgerechnet wurden die Daten, die wir vergleichen mit der Realität - das ist die schwarze Linie.

Sie sehen, dass sich der rote Sektor, der die natürlichen Faktoren und die anthropogenen Faktoren enthält, ab den 60er-Jahren aufspaltet und dass wir die reale Entwicklung, die in der schwarzen Linie steckt - in der dargestellten Temperaturabweichung - nur dann abbilden können, wenn wir zu den natürlichen Klimatreibern, wie geophysikalische, geochemische und astronomische Prozesse im weitesten Sinne, die anthropogenen Effekte addieren. Sie sehen, dass wir das nur abbilden können, wenn wir die anthropogenen Effekte ebenfalls betrachten.

Sehen wir uns den Klimawandel an. In der Ausgangssituation haben wir eine gewisse Bandbreite an meteorologischen Elementen. Dabei gibt es Extreme bei den Temperaturen sowohl auf der kalten Seite als auch auf der warmen Seite. So könnte man das

auch beim Niederschlag darstellen, so könnte man das bei der Bodenfeuchte darstellen. Aber dann wäre es keine Normalverteilung; die Verteilungsfunktion würde dann eine andere sein. Das kennen wir. Das haben wir immer gehabt und das werden wir immer haben. Aktuell sehen wir aber, dass wir im Mittel eine Verschiebung haben, dass uns der Mittelwert nicht mehr so viel sagt und dass sich die Extreme weiter voneinander entfernen.

Hierauf können wir reagieren und hierauf müssen wir reagieren, insbesondere angesichts der unter dem freien Himmel produzierenden Landwirtschaft. Die Intensität der kalten Extremwetterereignisse wird nicht abnehmen. Das heißt, im Winter wird es eine Temperatur von minus 15 °C bis minus 20 °C in Erdbodennähe geben, insbesondere dann, wenn es keine Schneedecke gibt. Eine Schneedecke von 2 cm bis 3 cm schützt enorm vor Kältewirkung. Insofern ist auf der kalten Seite auch die Frage der schädigenden Wirkung dieser Temperaturen zu betrachten, insbesondere dann, wenn wir uns vorstellen, dass Weizen und Raps zu den Hauptanbaukulturen im Lande gehören und diese bei Temperaturen von unter minus 15 °C bzw. unter minus 12 °C durchaus schädigende Wirkungen verzeichnen, wenn die Entwicklung unglücklich verläuft.

Kommen wir zur warmen Seite. Wir erreichen neue Wärmerekorde und Wärmerekorde treten deutlich häufiger auf. Dabei geht es gar nicht darum, ob wir in Bernburg 39,6 °C oder 40,1 °C verzeichnen, sondern es geht im Pflanzenbau vielmehr darum, dass an einem 6. November eine Temperatur von 20 °C oder an einem 15. Februar eine Temperatur von 18 °C erreicht wird. Solche Temperaturen haben für den Pflanzenbau viel stärkere Auswirkungen, weil dort diese große Schwankungsbreite eine Rolle spielen kann.

Frosttage gibt es nach wie vor, aber sie werden perspektivisch weniger. Das ist ebenfalls untersucht worden.

Seitens des Bundes wurde ein Extremwetterprojekt in Auftrag gegeben, an dem die Bundesforschungsinstitute, aber auch ausgewählte Bundesländer mitgearbeitet haben. Die Informationen können dem Thünen-Report 30 entnommen werden, der im Juni 2015 veröffentlicht wurde. Dort finden Sie landwirtschaftsspezifische Informationen zu Extremwetterereignissen. Hierzu wurde ein Folgeprojekt mit dem Titel „Entwicklung eines Extremwettermonitorings und Risikoabschätzungssystems“ (EMRA) initiiert, das noch bis zum nächsten Jahr umgesetzt wird. Erste Ergebnisse dieses Projektes wurden publiziert.

Auch eine Veränderung in der Niederschlagsverteilung ist festzustellen: Im Winterhalbjahr haben wir mehr Niederschläge zu verzeichnen, im Sommerhalbjahr dafür weniger. Eine besonders trockene Zunge ragt auch bis an den Rand von Sachsen-Anhalt heran;

kleine Flecken sehen Sie im anhaltischen Bereich. Das heißt, es findet eine Verlagerung der Niederschläge bei nahezu gleichbleibender Jahressumme statt; allerdings ändert sich die Niederschlagsintensität bzw. die Art der Niederschläge.

Hinter diesen Entwicklungen, die statistisch noch unsicher, aber plausibel sind, steckt Physik. Die Messwerte können noch nicht zu 100 % statistisch belegt werden. Das hat aber auch damit zu tun, dass Messwerten vor 25 Jahren noch anders gewonnen wurden als heute. Damals wurde die Niederschlagsmenge einmal am Tag gemessen, beispielsweise 30 mm. Ob diese Menge von 30 mm innerhalb einer halben Stunde oder über 24 Stunden verteilt gefallen ist, hat für die Landwirtschaft und für das Extremwettermanagement eine ganz große Bedeutung. Fällt diese Niederschlagsmenge innerhalb einer halben Stunde, dann erodiert der Acker. Fällt diese Niederschlagsmenge über 24 Stunden hinweg mit 1,4 l pro Stunde, ist das ein wunderbarer Landregen, der sehr gewünscht ist. Diese Unterscheidung wurde bei der Erfassung der Niederschlagsmengen vor 25 Jahren noch nicht statistisch ermittelt. Nunmehr wird das statistisch gesichert.

Wir sehen bundesweit und auch in Sachsen-Anhalt, dass die Anzahl der Starkniederschläge zunimmt. Das unterstreicht das, was ich eben gesagt habe: Die Spannweite zwischen trockener Abweichung und nasser Abweichung wird immer größer. Wir müssen uns also auf eine Bandbreite einstellen, die zwischen Dürre und Überschwemmung changiert. Das Normale ist in dem Falle weniger wahrscheinlich.

Das hängt damit zusammen, dass wir in den mittleren Breiten wohnen, auch Frontalzone genannt, die durch einen Strahlstrom, den Jetstream, gekennzeichnet sind. Durch die Temperaturveränderungen zwischen Polregion und äquatorialer Region werden die Wellen, die eigentlich für den Ausgleich zwischen Kälte und Wärme auf der Nordhalbkugel sorgen sollen, immer steiler. Sie verlagern sich weiter nach Norden und weiter nach Süden und verlagern sich dadurch langsamer. Dadurch wird die Stabilität von Wetterlagen stärker. Entweder befinden wir uns, wie es im Sommer 2010 der Fall war, in kalten und feuchten Wellen, oder wir befinden uns in Wellenregionen, bei denen wir Bedingungen wie im letzten Jahr haben. Im Jahr 2010 war es bei uns feucht und kalt, aber in Russland hat es gebrannt.

Wie gehen wir an diese Entwicklungen heran? - Ausgehend von den Beobachtungen erstellen wir Klimaprojektionen. Es wäre schön, wenn wir aus diesen Klimaprojektionen ableiten könnten, was kommen wird. Wir sind schon sehr froh, dass die Richtung in die gleiche Direktion zeigt. Wir müssen schauen, wie wir mit diesen Unwägbarkeiten, mit diesen Unsicherheiten umgehen. Wir nutzen statistische Methoden, um Aussagen treffen zu können. Das Ganze läuft über ein Schema ab, mit dem über Szenarien von globalen Modelle auf regionale Modelle gegangen wird, mit dem Wirkmodelle für die einzelnen Sektoren berechnet und Auswirkungen des Klimawandels abgeleitet werden.

Dabei gibt es positive und auch negative Effekte - das ist der Umgang mit Extremwetterereignissen - und diese werfen letztlich die Notwendigkeit von Anpassungsstrategien auf.

Ich habe Ihnen einen Artikel zu dem Thema verteilen lassen, der in dem aktuellen „Getreidemagazin“ erschienen ist. Darin hat Frau Seidel vom Julius-Kühn-Institut, mit dem wir sehr eng zusammenarbeiten, die Aussagen des Thünen-Reports in kurzer Form zusammengestellt, sodass Sie das nachlesen können. - Ich danke für die Aufmerksamkeit.

**Vorsitzender Bernhard Daldrup:** Zusammengefasst könnte man sagen: Für absehbare Zeit wird es leicht wärmer, gleichzeitig gehen wir in eine Phase von Trocken- und Regenzeiten über.

**Falk Böttcher (DWD):** Die Spannweite wird einfach größer.

**Vorsitzender Bernhard Daldrup:** Daraus kann man dann schon ein paar Schlussfolgerungen ableiten.

**Abg. Dorothea Frederking (GRÜNE):** Zur der Präsentation zur Änderung der Niederschlagssummen haben Sie erläutert, dass Sie diese Modelle auf der Grundlage der Betrachtung der letzten 25 Jahre berechnet haben. Ist das richtig?

**Falk Böttcher (DWD):** Nein, ich habe gesagt, dass wir uns bei Aussagen zur Häufigkeitsänderung bei Starkniederschlagsereignissen nur auf die kürzeren Zeitschienen in den letzten 25 Jahren verlassen können, weil die Messungen nur einmal am Tag stattgefunden haben. Wir haben keine minütlichen oder zehninminütlichen Messungen, wie wir sie seitdem haben. Bei den Niederschlagsmengen muss man eine längere Periode betrachten, mindestens 30 Jahre, im besten Fall 50, 60 oder 100 Jahre, um die natürliche Spannweite abdecken zu können. Aber das ist aus messtechnischen Gründen einfach nicht machbar.

**Abg. Dorothea Frederking (GRÜNE):** Sie haben auch die Aussage getroffen, dass Kälte bleiben wird und dass die Niederschlagsmengen insgesamt bleiben werden. Wir erleben mit der Statistik von  $n=1$  etwas anderes, also die Niederschlagsmenge ist ja nicht gleich geblieben. Die statistische Betrachtung bezieht sich nur auf das letzte Jahr. Im Winter trat auch nicht die Feuchte ein, die wir in den vergangenen Jahren erlebt haben. Inwieweit haben Sie diese Kippunkte, die wir weltweit beobachten können - Auflösung der Permafrostböden usw. -, dabei schon eingespeist? Wie schätzen Sie vor dem Hintergrund der Erfahrungen des letzten Jahres, vor dem Hintergrund, dass sich das Klima noch viel schneller verändert, als es die IPCC-Berichte vorhergesagt haben, Ihre eigenen Vorhersagen ein?

**Falk Böttcher (DWD):** Die IPCC-Berichte weisen immer eine gewisse Bandbreite an Informationen auf. Diese Bandbreite an Informationen umfasst auch der Repräsentative Konzentrationspfad 8.5, das sogenannte RCP-Szenario 8.5. Das ist das Szenario, wonach die Entwicklung sehr schnell laufen soll. Sie haben völlig recht damit, dass wir im Moment aktuelle Entwicklungen sehen, die eben nicht dem RCP-Szenario 2.6 oder dem Szenario 4.5 folgen. Der aktuelle Weg folgt eher den schärferen Szenarien. Insofern ist das als der extremste Fall in die Modelle eingespeist worden.

**Vorsitzender Bernhard Daldrup:** Alle Modelle haben das Problem, dass dabei das herauskommt, was man einspeist. Die Zeitspannen spielen auch eine wesentliche Rolle. Welches Modell man dabei favorisiert, ist die eine Frage. Der wichtige Punkt, der in den nächsten Dekaden entscheidend ist, ist, wie wir darauf reagieren. Im letzten Jahr hatten wir eine starke Sommertrockenheit, aber auch Winterniederschläge. Das hat manche Regionen in Sachsen-Anhalt gerettet. In diesem Jahr haben wir wenig Winterniederschläge, aber einen kühlen und relativ feuchten Mai. Das könnte uns, wenn das Wetter normal läuft, auch wieder retten. Insofern sind allein in diesen zwei Jahren die Interpretationsmöglichkeiten enorm. Deswegen stellt sich für mich schon die Frage: Reden wir noch über Wetter oder reden wir schon über Klima? Reden wir über kurzfristige oder sehr langfristige Entwicklungen?

**Falk Böttcher (DWD):** All das, was ich Ihnen gezeigt habe, ist faktisch nicht Modell, sondern Realität. Ich habe Ihnen mit ganz wenigen Dingen die klimatische Zukunft gezeigt. Ich habe Ihnen überwiegend das gezeigt, was wir schon erleben. Damit müssen wir uns auseinandersetzen. Insofern sind wir genau an der Schnittstelle zwischen Wetter und Klima.

Sie haben natürlich recht damit, dass wir auch die Böden betrachten müssen. Auch wenn im Mai die Temperaturen kühl waren und die Verdunstung gering war, zeigen uns die aktuellen Bodenfeuchtekarten, dass wir schon wieder an der Grenze angelangt sind. Bei 30 % nutzbarer Feldkapazität in dem durchwurzelbaren Raum fängt die Ertragsdepression an.

#### **Bauernverband Sachsen-Anhalt e. V.**

**Olaf Feuerborn (Bauernverband):** Die Situation sieht zwar im Moment augenscheinlich gut aus; in einigen Regionen und dort, wo in den letzten Wochen Schauer niedergingen, werden die Ertragseinbußen aufgrund der kühlen Witterung nicht groß sein. Aber wir werden spätestens am Wochenende in den Trockenregionen feststellen, dass die Bestände auf leichteren Standorten sofort zusammenbrechen. Das ist schon bedrohlich. Es ist überhaupt nicht so, dass man sich beruhigen könnte. Ich sehe das



Trockenjahr 2018 noch nicht als beendet an. Wir sind noch mittendrin und die Folgen kommen erst noch auf uns zu. Ich hoffe, dass sie sich nicht so stark auf den Ertrag auswirken.

Klimaveränderung und Klimawandel sind nicht zuletzt nach dem letzten Jahr und den Folgen für uns zu einem Thema geworden, mit dem zum Teil auch Wahlkampf betrieben wird. Für die betroffene standortgebundene Landwirtschaft ist jedoch relevant, wie sie sich praktisch auf Klimaveränderungen einstellen kann, um vor allem betriebliche, ertragliche und finanzielle Risiken besser zu managen. Die auf einem bekannten Trockenstandort in Deutschland ansässigen Landwirte in Sachsen-Anhalt sind seit Langem darauf eingerichtet, mit Trockenphasen umzugehen. Das betrifft im Ackerbau zum Beispiel das Sortenmanagement, die Düngungsstrategien und vor allem die bisher angewendete wassersparende Bodenbearbeitung. Nichtsdestotrotz steigen die betrieblichen und die wirtschaftlichen Risiken, die es zu bewältigen gilt, um die Betriebe erfolgreich zu etablieren.

Aus der Sicht der Landwirtschaft sind verschiedene Parameter und Bausteine notwendig, um wirtschaftliche Risiken für die Zukunft zu bewältigen. Das ist zum einen eine Versicherungslösung, über die schon diskutiert wird. Wir hoffen, dass wir dazu von der Bundesebene auch irgendwelche Vorschläge bekommen.

Was wir zumindest schnell für eine solche Dürreversicherung brauchten, wäre die Zusage, dass wir keine Versicherungssteuer zahlen müssen, dass diese stark reduziert wird. Denn bisher hat der Fiskus dabei keine Einnahmen gehabt; er hat also auch keine Verluste zu erwarten. Daher wäre es schon wünschenswert, wenn wir zumindest eine solche Zusage relativ schnell bekommen würden. Allerdings ist nach den bekannten Berechnungen der Versicherungsträger und auch der Branche eine solche Dürreversicherung insgesamt noch recht teuer. Die Landwirtschaft kann sie, auch wenn die Versicherungssteuer reduziert wird, nicht allein schultern. An dieser Stelle sind Lösungen gefragt. Die Bundesregierung ist gefragt, Vorschläge zu unterbreiten. Ich weiß, dass zur Herbstkonferenz der Agrarminister (AMK) Vorschläge vorliegen sollen.

Wenn wir über Finanzierungen reden, dann wird oftmals über die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) gesprochen und darüber, auch die Mittel aus der ersten oder zweiten Säule zu nehmen. Davor muss ich jedoch ein bisschen warnen. Wir haben diese GAP jetzt seit 1992. Seit 1992 sind die Hektarbeiträge stets geschrumpft worden. Sie sind nicht gestiegen, obwohl sich die produktionstechnischen Auflagen immer weiter erhöht haben. Die deutsche Landwirtschaft bzw. die europäische Landwirtschaft ist in den Weltmarkt entlassen worden, sodass wir es mit Preisschwankungen zu tun haben bzw. mit einem Weltmarkt, der uns nicht mehr die sicheren Erträge zur Verfügung stellt. Wir in der Landwirtschaft sind auf die Mittel der GAP aus der ersten und der zweiten Säule angewiesen, um unsere landwirtschaftlichen Betriebe tragfähig zu erhalten und wirtschaftlich stärken zu können.

Etwas, das wir auch immer wieder ansprechen, ist ein entsprechendes Wassermanagement. In trockenen Jahren, wie wir sie zurzeit erleben, ist es wichtig, dass wir Wasservorräte haben, aus denen wir beregnen können. Es ist wichtig, dass wir über Beregnungsmanagement sprechen, über die Förderung von Beregnungsanlagen zur Sicherung unserer landwirtschaftlichen Produktion.

Hinzu kommen Jahre, in denen Starkniederschläge auftreten, wie es in den Jahren 2012 und 2013 der Fall war. Auch in Anbetracht dessen müssen wir über ein Wassermanagement im Sinne von Wasserrückhaltung reden, um zum einen Überschwemmungen in Ortschaften zu vermeiden und zum anderen in extrem trockenen Jahren entsprechende Beregnungsmöglichkeiten zu haben.

Wir brauchen dringend wissenschaftliche Begleitungen im Hinblick auf Züchtung und Düngung. Denn gerade in der Züchtung ist es wichtig, dass uns Sorten zur Verfügung stehen, die es uns ermöglichen, auf Trockenstandorten mit Trockenresistenzen umzugehen. Es wäre wichtig gewesen, dass wir die Möglichkeit gehabt hätten, unsere neuen Züchtungsmethoden für unsere mittelständischen Züchtungsunternehmen anzuwenden. Dadurch könnten wir die Züchtungsunternehmen, die wir in Europa noch in einer Vielzahl haben, unterstützen. Diese wären dadurch in der Lage, schneller zu reagieren, um neue Sorten, die uns voranbringen könnten, zu realisieren.

Bei der Düngung sind nach wie vor entsprechende Managementmaßnahmen zu ermöglichen. Wir müssen grundsätzlich den Einsatz humuserhaltender Wirtschaftsdünger im Auge behalten sowie die Möglichkeit, mit Mineraldüngern zu arbeiten. Auch müssen chemische oder mechanische Behandlungsmöglichkeiten aufgezeigt werden, um neu auftretende und bisher nicht bekannte Schädlinge in der Entwicklung einzudämmen und darauf zu reagieren.

Des Weiteren brauchen wir administrative Veränderungen. Wir erkennen, dass das Frühjahr früher anfängt und der Winter später beginnt. Wir haben eigentlich eine Verschiebung. Das ist vielleicht nicht in jedem Jahr so, aber man muss auch flexibel mit Verwaltungsvorschriften arbeiten, die uns Landwirte vor bestimmte Probleme stellen. Daher müssten wir auch zu Anpassungen bei den Verwaltungsvorschriften kommen.

Grundsätzlich begrüßen wir es auch, dass wir über einen solchen Extremwetterfonds sprechen. Ich denke, man muss die Möglichkeit haben, auf Landesebene schnell und kurzfristig zu reagieren. Wie wichtig das ist, haben wir bei Hochwasserereignissen gemerkt. Wir brauchen diese Möglichkeit aber auch bei anderen Extremwetterereignissen, um schnell reagieren zu können, sei es bei Sturm oder auch bei extremem Hagel.

Über dieses Thema wird in unserem Berufsstand durchaus unterschiedlich diskutiert. Ich habe damit kein Problem. Wenn wir aber auf der Bundesebene über eine Dürreversicherung sprechen, dann fragen die Holsteiner: Wieso sollen wir euch in Sachsen-

Anhalt den Ausgleich von Dürreschäden über eine Versicherung finanzieren? Insofern gibt es schon unterschiedliche Auffassungen im Berufsstand. Diese Diskussion haben wir im Berufsstand sicherlich auch im eigenen Land. Trotzdem wäre es, denke ich, wichtig, über einen Extremwetterereignisfonds zu sprechen und auch dazu im Gespräch zu bleiben, wie wir das letztlich finanzieren.

**Abg. Kerstin Eisenreich (DIE LINKE):** Herr Henke hatte es bereits angedeutet: Bereits im Jahr 2003, also vor 16 Jahren, ist im Landtag über eine sogenannte Mehrgefahrenabsicherung diskutiert worden. Das wurde damals von vielen vehement abgelehnt. Sie haben darauf hingewiesen: Es geht um eine Versicherung an sich. Eine Dürreversicherung ist das eine, aber eigentlich haben wir eben viele Extremwetterereignisse, die auch Ihre Kollegen in Schleswig-Holstein treffen können. Das Projekt ist damals von Sachsen initiiert worden und ist dann auch dort auf Eis gelegt worden. Es wurde im Bund torpediert. Jetzt diskutieren wir wieder über etwas Ähnliches. Was halten Sie denn davon?

**Olaf Feuerborn (Bauernverband):** Grundsätzlich ist auch unser Berufsstand mittlerweile schon der Auffassung, dass wir gerade nach Extremwetterereignissen aktuell darüber sprechen müssen. Eine Mehrgefahrenversicherung kommt dabei schon ins Gespräch. Was man davon dann in Anspruch nimmt, ist Sache des Berufsstandes. Grundsätzlich müssen wir aber feststellen, dass wir dazu eine finanzielle Unterstützung brauchen. Aber ich denke, dazu sind wir im politischen Raum weitergekommen. Eine Diskussion wie die im letzten Jahr, bei der es um die Dürreentschädigung ging, brauchen wir nicht. Wir könnten sie abfangen, indem wir grundsätzlich über Versicherungslösungen sprechen, bei denen der Landwirt selbst entscheiden kann, ob er sie in Anspruch nimmt oder nicht.

**Abg. Jürgen Barth (SPD):** Sie sprachen im Zusammenhang mit dem Thema Versicherung an, dass andere Länder nicht die Dürreschäden in Sachsen-Anhalt bezahlen wollen. Was halten Sie denn von dem Vorschlag einer steuerfreien Rücklage in den Betrieben für solche Fälle? Darüber wurde auch diskutiert. Inwieweit würden Sie so etwas als nützlich ansehen?

**Olaf Feuerborn (Bauernverband):** Auch das ist ein Baustein, über den man durchaus diskutieren kann und müsste. Wir haben seitens des Bauernverbandes ebenfalls eine steuerfreie Rücklage gefordert. Darüber, wie so etwas gehandhabt wird, muss man gut diskutieren. Aber grundsätzlich ist das auch ein Baustein, der uns in der Kürze schneller helfen würde.

**Abg. Dorothea Frederking (GRÜNE):** Die Themen finanzielle Absicherung, Versicherung, steuerfreie Rücklage, Extremwetterfonds wurden genannt. Möglicherweise kombiniert man auch mehrere Bausteine; das haben Sie bereits angedeutet.

Wie wirksam kann ein solches finanzielles Absicherungspaket überhaupt sein, wenn bei Extremwetterlagen ganze Regionen betroffen sind? Das sind nicht nur einzelne Betriebe, sondern das betrifft gleich Hunderte. Muss man nicht damit rechnen, dass es letztlich nur ein Tropfen auf den heißen Stein sein kann, wenn es so viele Betriebe betrifft?

Die zweite Frage betrifft das Thema Wassermanagement. Sie haben schon Einrichtungen aufgezeigt, etwa Wasserrückhaltung, um sowohl Überschwemmungen zu minimieren als auch das Wasser zur Bewässerung zu nutzen. Haben Sie schon Vorstellungen dazu, wie das gemacht werden könnte und wie schnell das gemacht werden muss? Schwebt Ihnen schon vor, welche Formen der Wasserbevorratung jetzt realisiert werden könnten? Aus meiner Sicht muss das kurzfristig passieren. Das darf aus meiner Sicht nicht mehr fünf Jahre dauern, sondern damit müsste in diesem Jahr begonnen werden. Das ist meine Einschätzung.

**Olaf Feuerborn (Bauernverband):** Grundsätzlich zu den Risiken. Ich gebe Ihnen recht: Es wäre nicht gut, wenn eine Unterstützung nach einem Extremwetterereignis nur ein Tropfen auf den heißen Stein ist. Diese Situation hätten wir nicht, wenn wir eine Versicherungslösung wählen würden. Dann haben wir zwar im Nachhinein ein Problem bei der Versicherung, wenn es zu viel war, aber letztlich ist das abgesichert.

Nehmen wir das Extrembeispiel USA. Dort beteiligt sich der Staat an der Versicherung; er nimmt Geld heraus, muss aber auch Geld nachschießen. Wenn wir solche Versicherungslösungen haben, dann kann man auch mit solchen Ereignissen umgehen. Das wird dann eine Frage der Gestaltung sein. Das kann man auf der Landesebene nicht betreiben. Ein Extremwetterfonds, von dem wir an dieser Stelle sprechen, müsste im Land zur Verfügung stehen, sodass man schnell und ohne große bürokratische Hürden reagieren kann. Wir hoffen nicht, dass wir solche extremen Ereignisse wie im letzten Jahr haben werden, von denen das ganze Land betroffen war. In solchen Fällen ist es immer eine Frage des Tropfens auf den heißen Stein; dann wird es vielleicht auch nicht ausreichen.

Wir haben unterschiedliche Ereignisse in Hochwassersituationen oder in Sturmsituationen, bei denen wir mit einem Fonds kurzfristig und schnell Hilfe leisten können. Ich denke, das ist wichtig.

Zum Wassermanagement. Wir haben in den letzten Jahren immer wieder darüber diskutiert, dass man Wasserrückhaltebecken braucht, die einerseits bei Hochwassersituationen das Wasser zurückhalten können, damit es nicht zu schnell abfließt, in den Flüssen zu Problemen führt und Ortschaften überschwemmt, und die andererseits als Wasserspeicher für die Beregnung in extremen Trockensituationen dienen können. Grundsätzlich brauchen wir aber ein Management, bei dem wir über Beregnungsmöglichkeiten sprechen. Das haben wir bereits öfter angesprochen.

Dazu müssen wir allerdings mit unserer Wasserwirtschaft ins Gespräch kommen. Die Wasserwirtschaft hat die Sorge, dass wir zu viel Wasser entnehmen, sodass das Trinkwasserreservoir - das geht immer vor - gefährdet wird. Trotzdem müssen wir schauen, ob wir im Rahmen des Wassermanagements bestimmte Beregnungsverbände bezuschussen oder fördern, um die Möglichkeit zu schaffen, in Beregnungsanlagen zu investieren.

**Abg. Guido Heuer (CDU):** Ich glaube, die Diskussion im Jahr 2003 war eine Folge des Hochwasserereignisses im Jahr 2002. Ich kann mir bildlich vorstellen, dass das so war. Über das genaue Gegenteil an Schäden diskutieren wir jetzt infolge der Dürre.

Man muss berücksichtigen, dass nicht nur die Land- und die Forstwirtschaft betroffen sind. Ich stamme aus der Börde und bin in einer Zeit großgeworden, in der es in der Börde viele Tiefbrunnen gab. Mittlerweile gibt es bei uns Ortsteile, in denen, weil die Tiefbrunnen wegen der nicht mehr funktionierenden Melioration nicht mehr genutzt wurden, die Keller vollgelaufen sind. Auch das ist eine Folge der Sünden der Vergangenheit. Wie steht der Bauernverband dazu? Gibt es dazu auch Diskussionen mit den Kommunen? Das betrifft die Themen Flächenversiegelung, Großflächenlandwirtschaft und Nichtnutzung der Tiefbrunnen. Es wäre eine Möglichkeit, diese Tiefbrunnen für die Beregnung zu nutzen. Mich würde Ihre Position dazu interessieren.

**Olaf Feuerborn (Bauernverband):** Ich denke, wir können es ganz aktuell machen. Wir wissen, im Jahr 2002 ist der Goitzschensee vollgelaufen. Ich komme im weiteren Sinne aus einem Einzugsgebiet, in dem das einen Einfluss hat. Früher wurden dort Wasserabsenkungen durchgeführt. Seit die Goitzsche im Jahr 2002 vollgelaufen ist, haben sich höhere Grundwasserstände eingestellt. Das haben wir in den folgenden Jahren zu spüren bekommen, auch nach 2012/2013, in denen das Herbsthochwasser auftrat. Nun sind die Grundwasserspeicher eigentlich voller als vorher.

Grundwasserabsenkungen haben damals aufgrund des Braunkohleabbaus in der Umgebung stattgefunden. Ich kann nicht genau beurteilen, ob es auch einen großen Einfluss gehabt hat, dass Molkereien, Brauereien und andere Wirtschaftsunternehmen im ländlichen Raum damals Wasser gezogen haben. Heutzutage werden diese Wassermengen nicht mehr gebraucht, und man befürchtet, dass sich, weil zu wenig Wasser abgenommen wird, höhere Grundwasserstände ergeben. Ich bin mir nicht sicher, inwieweit das einen großen Einfluss gehabt hat.

Die Absenkungen im Zusammenhang mit dem Braunkohletagebau hatten durchaus Einfluss auf den Grundwasserspiegel. Seit der Abbau eingestellt wurde, haben wir höhere Grundwasserstände. Der Pegel des Edderitzer Tagebausees ist aufgrund des Volllaufens der Goitzsche ebenfalls angestiegen und hat sich aufgrund der Trockenheit

und der fehlenden Winterniederschläge wieder abgesenkt, sodass dort wieder ein Normalwasserstand herrscht. Aber sobald es Niederschläge gibt und die Goitzsche einen Normalwasserstand hat, steigt das wieder an.

Von daher gibt es durchaus Diskussionen darüber, aber wenn ich mit unserem Landeshochwasserbetrieb darüber spreche, dann möchte niemand so richtig darangehen und mehr beregnen. Stattdessen sollen die Wassermengen, die der Landwirtschaft zur Verfügung stehen, reduziert werden. Daher ist es geboten, auch über diese Situation zu sprechen.

Im Fläming wird Wasser durch Trinkwasserabzug abgesenkt. Aber es gibt Situationen, beispielsweise in unserer Region, in denen durch die Füllung der Goitzsche ein anderes Grundwassermanagement betrieben wird, sodass wir uns darüber unterhalten müssen, wie wir den Grundwasserstand stabilisieren. Über Beregnungen in der Landwirtschaft könnte man das erreichen.

**Abg. Hannes Loth (AfD):** Ich habe schon einmal im Ministerium angefragt, wie sich die Ausstattung unserer Landwirtschaftsbetriebe mit Bewässerungsanlagen darstellt, welche Anlagen existieren, welche hauptsächlich genutzt werden, wie sie verlustmindernd eingesetzt werden, ob eine Tröpfchenbewässerung funktioniert. Darauf konnte das Ministerium leider nicht antworten. Das ist sehr schade; denn diese Informationen werden benötigt, um feststellen zu können, ob sich eine Förderung in diesem Bereich lohnt. Uns konnte nicht konkret beantwortet werden, wie sich der Investitionsstand darstellt, wie alt die Anlagen sind, wie viele Brunnen betrieben werden, wie die Qualität der Brunnen ist. Haben Sie eine Idee davon, wie das in der realen Welt aussieht?

**Olaf Feuerborn (Bauernverband):** Grundsätzlich muss man sagen, dass zu DDR-Zeiten mehr beregnet wurde als heutzutage. Es hing aber auch mit den Ertragssteigerungen und den normalen Witterungsverläufen zusammen, dass viele Betriebe, die früher mehr Sonderkulturen wie Kartoffeln und Gemüse angebaut haben, sich später umstrukturiert haben und dann Getreide angebaut haben. Dabei ist eine Beregnung unwirtschaftlich; es macht keinen Sinn, Getreide zu bewässern. Angesichts der aktuellen Preise für Zuckerrüben macht eine Zuckerrübenberegnung auch keinen Sinn, obwohl die Zuckerrübe eine wirtschaftliche Kultur ist, bei der wir uns fragen müssen, ob wir wollen, dass sie aus der Region verschwindet.

Aber grundsätzlich ist die Wirtschaftlichkeitsberechnung bei Getreide, Mais, Zuckerrüben und Raps für eine Bewässerung überhaupt nicht gegeben, sondern nur dann, wenn sich der Betrieb entscheidet, intensiver zu wirtschaften oder Kulturen anzubauen, die eine Bewässerung wirtschaftlich erscheinen lassen. Das ist im Land sehr unterschiedlich. Beim Kartoffel-, Gemüse- oder auch Weinbau ist eine Bewässerung wirtschaftlich darstellbar.

Die Tröpfchenbewässerung ist sicherlich die effektivste Form der Bewässerung, aber sie ist auch sehr teuer. Im Vergleich zu einer herkömmlichen Beregnung über einen Düsenwagen ist die Tröpfchenbewässerung dreimal so teuer, sodass auch eine Wirtschaftlichkeitsberechnung nur bei bestimmten Kulturen sinnvoll ist, etwa beim Hopfenanbau oder beim Weinbau. Ansonsten reden wir über die Düsenwagenberegnung oder über Kanonen oder über Kreisregner, die teilweise eingesetzt werden, um wirtschaftlich arbeiten zu können.

Wir haben also weniger Beregnungsanlagen, aber die Betriebe denken mehr und mehr darüber nach. Wenn sie ihre Fruchtfolgen erweitern wollen, müssen Erträge abgesichert werden, gerade für Kulturen, die im Frühjahr hinzukommen, die nicht mehr davon zehren können, dass es eventuell genügend Winterniederschläge gab. In diesen Fällen müssen wir über Beregnungsmöglichkeiten Ertragsstabilisierungen vornehmen, vorausgesetzt, die wirtschaftliche Betrachtung der einzelnen Kulturen lässt dies zu.

**Abg. Hannes Loth (AfD):** Es wurde vorhin davon gesprochen, Wasserspeicherreservoirs im landwirtschaftlichen Bereich anzulegen. Ist denn überhaupt die Möglichkeit dafür vorhanden, dass landwirtschaftliche Betriebe diese großen Speicherbecken einrichten? In einem amerikanischen Valley haben Landwirte einen künstlichen See angelegt und darin Wasser gespeichert. Sie hatten aber das Problem, dass das Wasser irgendwann verdunstet ist. Ich halte die Idee zwar für nett, aber letztlich für wenig praktikabel.

**Olaf Feuerborn (Bauernverband):** Solche großen Seen anzulegen, ist sicherlich kein Thema. Aber wir haben in der Hochwassersituation auch mit dem Landeshochwasserbetrieb ganz heftig darüber diskutiert, wo die Einrichtung von Staustufen sinnvoll wäre. Ob man diese Becken so gestaltet, dass sie im Folgejahr zur Beregnung zur Verfügung stehen, muss man sehen. Es geht nicht darum, dass wir große Seen oder Talsperren anlegen; ich glaube, das übersteigt unsere Möglichkeiten. In einzelnen landwirtschaftlichen Betrieben wird darüber diskutiert, ob man Becken anlegen sollte, um Beregnungswasser im Vorrat zu haben. Das muss man entsprechend ausdiskutieren; das ist aber denkbar.

#### **Bauernbund Sachsen-Anhalt e. V. (BBS)**

**Annekatriin Valverde (BBS):** Der Bauernbund Sachsen-Anhalt würde die Einrichtung eines solchen Extremwetterereignisfonds grundsätzlich befürworten. Allerdings stellt sich die Frage - hierzu fehlen uns noch viele Informationen -, wie dieser gestaltet werden soll, wer in diesen einzahlt, wie der Fonds aufgebaut werden sollte und wer letztlich etwas aus dem Fonds bekommt.

Wir halten es allerdings nicht für zielführend, aus diesem Fonds die Hilfen in Form von Darlehen an die Betriebe zu zahlen, da die Betriebe, wie wir alle wissen, ohnehin stark mit Fremdkapital belastet sind und die Fremdkapitalbelastung der Betriebe bereits weit ausgeschöpft ist.

Wir würden daher vorschlagen, Entschädigungszahlungen eventuell als verlorenen Zuschüssen zu zahlen, wie es bei der Dürre oder bei dem Hochwasser der Fall war. Zwangsbeiträge oder auch Pflichtversicherungen für die Betriebe lehnen wir strikt ab. Hierzu bestand eindeutig die Meinung, dass jeder Betriebsinhaber selbst entscheiden soll, ob er eine Versicherung in Anspruch nimmt oder nicht.

Natürlich wäre es schön, wenn es einen solchen Fonds gäbe. Es steht dann aber noch die Frage des bürokratischen Aufwands, wenn es zur Auszahlung kommt. Diese Fragen der Ausgestaltung werden im weiteren Verfahren besprochen.

**Abg. Dorothea Frederking (GRÜNE):** Herr Feuerborn hat darauf aufmerksam gemacht, dass das Thema Wassermanagement als eine Anpassungsstrategie diskutiert wird. Der Extremwetterereignisfonds ist als eine Art Zusatzversicherung und als schnelle Hilfe gedacht. Wie ist Ihre Einschätzung dazu, dass man diesen Fonds auch nutzt, um langfristige Investitionen, wie zum Beispiel den Bau von Wasserbecken, zu unterstützen?

Wir wissen auch, dass die Extreme zunehmen werden, dass sie sich verstetigen werden. Das, was gestern normal war, wird nicht mehr normal sein. Das heißt, wir brauchen eine gute Vorsorge, die uns auch langfristig hilft. Ich habe in Bezug auf die finanziellen Hilfen bereits den Tropfen auf den heißen Stein angedeutet. Wenn viele betroffen sind, verpufft das möglicherweise; es sei denn, wir haben riesige Summe in einem solchen Fonds. Dann stellt sich aber wieder die Frage, woher diese Mittel kommen und wer etwas aus diesem Fonds bekommt.

Wie schätzen Sie das ein: Könnte es sinnvoll sein, einen solchen Fond auch für langfristige Investitionen zu nutzen? Wenn Beregnungsverbände eingerichtet werden würden, hätten viele landwirtschaftliche Betriebe etwas davon.

**Annekatriin Valverde (BBS):** Ich verstehe den Fonds als eine Hilfe, wenn es schon passiert ist. Für die Unterstützung bei Investitionen haben wir andere Förderprogramme, etwa das Agrarinvestitionsförderprogramm (AFP). Vor Jahren waren wir bereits mit einem Beregnungsverband aus der Altmark im Ministerium. Ich denke, bauliche und technische Maßnahmen in diesen Fonds aufzunehmen, würde diesen Fonds sprengen. Ich könnte mir das nicht vorstellen.



**Abg. Guido Heuer (CDU):** Das kann ich nur bestätigen. Wir sollten hierbei vorsichtig sein. Es geht jetzt um die Abfederung der Folgen von Extremwetterereignissen, um nichts anderes. Ich widerspreche der Kollegin Frederking nur ungern, aber für Investitionen gibt es andere Möglichkeiten der Förderung. Wir sollten uns auf das Thema konzentrieren, darauf, wie wir das ausgestalten, ob es Hilfen für Versicherungen bei gewissen Wetterereignissen oder ein Darlehen oder Zuschüsse geben soll etc. All das sind Fragen, zu denen wir eine Zuarbeit benötigen.

Darum freue ich mich auch, dass das Ministerium eine Leistungsbeschreibung erarbeitet hat. Wir müssen auf die Experten setzen, auf das, was sie uns raten. Das Thema der heutigen Anhörung ist, dass Sie uns Ihre Interessenlagen aufzeigen. Es geht dabei um die Abfederung der Folgen von Extremwetterereignissen.

**Vorsitzender Bernhard Daldrup:** Ich möchte ergänzen, dass wir nicht über Wetterfolgen sprechen, sondern über extreme Ereignisse. Angesichts dessen muss man auch fragen, was der gesellschaftliche Nutzen ist, damit sich die Gesellschaft überhaupt daran beteiligt. Wer ist der Verursacher? Warum ist das so? Welcher Vorteil für das Allgemeinwohl ergibt sich daraus? - Über diese Fragen muss man sich unterhalten.

Deswegen waren wir von der CDU - ich spreche jetzt als Abgeordneter - der Auffassung, dass wir diesen Fonds auch nicht nur für die Landwirtschaft betreiben wollen, um ein bisschen wegzukommen von der Subventionsgeschichte. Wir wollen den Fonds vielmehr auch für Kommunen auflegen, um bei Starkniederschlagsereignissen, wie Schlammlawinen und deren Folgen, unterstützen zu können. Wenn es nach uns ginge und die rechtliche Möglichkeit bestünde, würden wir den Fonds gern außerhalb der Landeshaushaltsordnung mit ihren ganzen Möglichkeiten und Schwierigkeiten der Bürokratisierung, die wir gerade bei der Dürrehilfe wieder sehen, ein bisschen unbürokratischer organisieren, damit er auch zum Ziel führt.

**Abg. Kerstin Eisenreich (DIE LINKE):** Ich habe eine Frage an die antragstellende Fraktion. Bei aller Richtigkeit, diesen Extremwetterereignisfonds zu erweitern, fehlen mir einige andere Betroffene in dieser öffentlichen Anhörung. Sie sprachen gerade Kommunen an. Es geht also auch um die Kommunen. Letztlich geht es auch um das Finanzministerium. Mitglieder des Innen- und des Finanzausschusses hätten ebenfalls anwesend sein können.

**Abg. Guido Heuer (CDU):** Frau Eisenreich, damit haben Sie natürlich recht. Aber die Land- und Forstwirte waren im letzten Jahr die Betroffenen. Heute haben wir einen ersten Austausch dazu. Das MULE ist anwesend, nicht aber das Innenministerium. Wenn wir über Kommunen sprechen, ist das auch ein Thema für den Innenausschuss. Das kann man dann zusammenführen. Zunächst geht es aber um die Meinung der Betroffenen der letzten 18 bis 24 Monate.

Wir müssen aufpassen, dass wir uns nicht verzetteln. Sie haben durchaus recht, aber das ist heute erst die erste Runde. Die weiteren Runden werden folgen, wenn ein entsprechendes Konzept vorliegt.

### **Waldbesitzerverband Sachsen-Anhalt e. V. (WBV)**

**Franz Prinz zu Salm-Salm (WBV):** Wenn Sie den Extremwetterfonds in die Debatte werfen, machen Sie etwas, das der BGH im Jahr 1987 im Waldschadensurteil geradezu gefordert hat. Das ist bundesweit - das muss ich Ihnen in der Deutlichkeit sagen - bemerkenswert und die erste politisch ernst zu nehmende Aktivität in diesem Bereich.

Es steht außer Frage, dass es mit Rückblick auf die Jahrzehnte vor der Jahrtausendwende vermehrt zu Extremwetterereignissen kam, ob Überschwemmungen in den Jahren 2003 und 2013, Stürme von Kyrill im Jahr 2007 bis Friederike im Jahr 2018, die Dürre im Jahr 2018, Schneebruch in den Jahren 2010 und 2011. Wir im Wald können ein trauriges Lied davon singen. Wir sind bei all diesen Ereignissen mit unseren Wäldern nicht nur Betroffene, sondern allzu oft die Hauptbetroffenen. Borkenkäfer und Sturmholzbruch kommen nun einmal nur im Wald vor.

Dass dieser Klimawandel einerseits ein natürliches Ereignis ist, das andererseits jedoch durch menschliche Einflüsse, zum Beispiel in Form der atmosphärischen Depositionen, eine besonders rapide Entwicklung nimmt, ist mehrheitlich unbestritten. Wenn wir Stellung nehmen, geschieht dies unter diesem Aspekt. Es geschieht jedoch unter Berücksichtigung der Tatsache, dass wir und unsere Wälder Opfer sind. Dies hat der Bundesgerichtshof in dem sogenannten Waldschadensurteil bereits im Jahr 1987 festgehalten. Das ist nachzulesen unter anderem im „Spiegel“, Heft 51/1987. Das Fazit damals war: Der Schaden ist auch aus höchstrichterlicher Sicht nachweisbar. Die Schädiger, vor allem die Betreiber von Kraftwerken und alle Emittenten, sind bekannt. - Das ist in Ansehung der CO<sub>2</sub>-Debatte ein ganz interessanter Hinweis aus dem Jahr 1987.

Aber es gab laut BGH damals keine juristische Möglichkeit, Schadenersatz einzufordern. Das veranlasste den damaligen Chef des BUND Hubert Weinzierl zu der Aussage: Wer schützt mich und meinen Wald vor den Luftangriffen aus den Fabriken und aus den Autos? Diese Frage ist bis heute unbeantwortet.

In seinem Urteil hielt der BGH Folgendes fest: Die Waldschäden seien zwar dem Grunde nach entschädigungswürdig und entschädigungsbedürftig; der Gesetzgeber habe es aber versäumt, entsprechende juristische Möglichkeiten zu schaffen. Weiter führte der BGH aus, dass die Lösung des Problems nach dem Grundsatz der Gewaltenteilung der Entscheidung des Gesetzgebers vorbehalten bleibt. Denkbar seien, so die Richter, verschiedene, nicht unerheblich voneinander abweichende Lösungen, unter denen der Gesetzgeber auswählen könne, beispielsweise die Bildung eines Ent-

schädigungsfonds, zu dem die Emittenten Beiträge leisteten, gegebenenfalls auch die öffentliche Hand. - Schon damals also hielt der BGH eine Regelungslücke für gegeben, die durch den Gesetzgeber, das Parlament, zu regeln sei.

Zum 32. Geburtstag dieses Urteils lässt sich festhalten, dass weder die Bundes- noch die Landesgesetzgeber, egal welcher Couleur, in dieser Hinsicht in den letzten 32 Jahren irgendetwas bewegten. Für uns Betroffene ist damit ein enteignungsgleicher Eingriff nicht geregelt.

Was das bedeutet, haben wir in der 34. Sitzung des Landtages in der schlimmsten Schattierung leider sehr schmerzlich erlebt, als Sie, Frau Ministerin, und Ihre Fraktion angesichts dieser Tatsachen noch meinten, uns vorführen zu müssen, indem Sie uns erklärten, was wir bei der Wahrnehmung der Förderung alles versäumt hätten. Man fragt sich, wovon Sie geredet haben; denn - das ist allgemein bekannt - es funktionierte nicht einmal die banale Forstförderung in den letzten drei Jahren. Im Jahr 2016 gab es die Richtlinie nicht und in den darauffolgenden Jahren lief es auch nicht. Dafür sind Sie verantwortlich, nicht wir.

Die selbsterklärten Retter der Ökologie haben uns nicht nur seit 1987 beim Waldschadensurteil im Stich gelassen, sie enthalten uns auch bis heute eine funktionierende Forstförderung allgemeiner Art vor. Warum wir eine solche sogenannte Förderung nicht nutzen, ist eine rhetorische Frage, die wir für in höchstem Maße inkorrekt halten.

Es wäre ehrlich und hilfreich, wenn dazu schleunigst ein ernst gemeinter Dialog auf Augenhöhe begäme. Uns Hauptbetroffene hat die Ministerin bis heute nicht zu sich eingeladen, um mit uns bilaterale Gespräche dazu zu führen. Wir fordern bilaterale, klare, ernst zu nehmende Gespräche.

Das kannten wir bei anderen Amtsinhabern und Naturkatastrophen zu deren Zeiten in den letzten 30 Jahre in diesem Lande durchaus anders. So fanden nach der Flut im Jahr 2013 erste bilaterale Gespräche mit allen Verbänden innerhalb der ersten zwei Wochen nach der Flut statt. Die Richtlinien für Hilfen für die Land- und Forstwirtschaft sind drei Monate nach der Flut auf den Weg gebracht worden.

Insoweit danken wir dem Ausschuss für diesen Akt der Selbstbefassung ganz herzlich. Herr Vorsitzender, Sie haben damit etwas Enormes geleistet. Ihr Ausschuss ist nach unserer Kenntnis bundesweit der erste, der sich ernsthaft mit dem Waldschadensurteil und der Aufforderung des BGH beschäftigt.

Wir halten einen Extremwetterfonds für dringend geboten. Auf ihn sollte bei den eingangs genannten Katastrophen Bezug genommen werden. Die Kriterien dazu ließen sich zum Beispiel nach einem Grad der Katastrophe bestimmen. Sie haben berechtigterweise darauf hingewiesen, dass die Mittel nicht endlos zur Verfügung stehen.

Für die Finanzierung des Fonds sollte unseres Erachtens Folgendes gelten - wir meinen, dass Sachsen-Anhalt eine Bundesratsinitiative dazu auf den Weg bringen sollte -: In Ansehung dessen, was der Wald an der Allgemeinheit dienlichen Ökosystemleistungen durch unsere Pflege einerseits leistet - dies belegen sämtliche Bundeswaldinventuren der letzten 30 Jahre und auch die Biodiversitätsaufnahmen unserer Wälder durch das Bundesamt für Naturschutz und das Umweltbundesamt - und dass er andererseits Opfer des auch menschengemachten Klimawandels ist, meinen wir, dass alle Emittenten in diesen Fonds einzahlen müssten. Das kann zum Beispiel auch durch Abführung von Mitteln aus der Mineralöl- oder Kfz-Steuer gelingen. Das wäre eine einfache Maßnahme, wie der Bund Gelder in einen solchen Fonds geben könnte, die dann auf die Länder verteilt werden.

Weiter gilt Folgendes: Es ist ein Aberwitz, dass diejenigen, die unsere Umwelt belasten, einen veritablen CO<sub>2</sub>-Handel betreiben. Dessen Einnahmen kommen aber nicht bei den Opfern ihres Agierens an. Sie verschwinden beim Bund in irgendwelchen Fonds, für irgendwelche Forschungen, aber in der Fläche kommt davon kein Cent an. Der Bund hat damit nichts auf den Weg gebracht, das pragmatisch und direkt die Opfer atmosphärischer Deposition entlastet. Insoweit ist eine Bundesratsinitiative geboten, die diesem Missstand abhilft. Die Gelder aus dem CO<sub>2</sub>-Handel müssen zu den Opfern gelangen. Das sind unsere Wälder und wir, die momentan weder Geld noch Hilfe bei der Aufforstung von 15 000 ha Kahlfleichen in Sachsen-Anhalt gewärtigen.

Wir binden in Sachsen-Anhalt zurzeit 200 000 t CO<sub>2</sub> pro Jahr weniger, weil wir nicht aufforsten können. Unsere Leute sind pleite und werden in den nächsten 30 Jahren in den einzelnen Betrieben keine Erträge erzielen. Das muss ich Ihnen deutlich sagen, zumal das in der Landtagsdebatte nicht angesprochen wurde.

Andererseits sollte vorratsweise ein Konstrukt eines solchen Fonds auf Landesebene erwogen werden. In diesen könnten zum Beispiel Emittenten und Ausgleichspflichtige bei Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen einzahlen. Das ist ein ganz neuer Aspekt. Es ist nicht mehr nachvollziehbar, was alles bei den sogenannten Ökopunkten geschieht. So sinnvoll die eine oder andere Maßnahme sein mag, es gibt ebenso allzu viele, deren Sinnhaftigkeit aus guten Gründen angezweifelt werden kann. Insoweit sollte die Einzahlung in den Extremwetterfonds als Ausgleichs- und Ersatzmaßnahme im Sinne des Baurechts auf den Weg gebracht werden. Statt weiterhin nach der Versiegelung von Acker- oder Waldflächen auch noch die nächste Ackerfläche lahmzulegen, um darauf Sträucher zu pflanzen, bietet sich die Einzahlung in einen Extremwetterfonds geradezu an.

Ich darf darauf hinweisen, dass die Bevölkerungszahlen weltweit wachsen werden und dass damit auch der Nahrungsbedarf steigen wird. Wir können doch nicht noch mehr Flächen aus der Produktion herausnehmen. Es ist absolut irre, was wir zurzeit machen. Woher soll das Geld denn sonst kommen? Unsere Waldbauern sind zumeist in einer

Situation, die die nächsten fünf Jahre für alle zu einem reinen Überlebenskampf machen wird. Es gibt genug Betriebe, die in den nächsten 30 Jahren auf einem Anteil von 30 % ihrer Flächen keinen Pfennig verdienen.

Damit, Frau Ministerin, ist auch die Frage beantwortet, warum sie keine Steueranträge stellen. Wenn sie nämlich kein Geld mehr haben, pleite sind und kein Holz mehr verkaufen, gibt es auch keine Steuern, die Sie einnehmen. So einfach ist das. Sie hätten uns fragen sollen, dann hätte ich Ihnen das gern erklärt.

(Ministerin Prof. Dr. Claudia Dalbert, MULE: Sie können das Zitat gern vollständig bringen, auch mit dem zweiten Satz!)

- Der zweite Satz war nicht wesentlich.

(Abg. Ronald Mormann, SPD: Mäßigen Sie sich in Ihrem Tonfall! Wir haben hier eine Anhörung und keine Anklage!)

Die Flächen müssen erst einmal wieder bestockt werden. Das Geld dafür - und damit für die CO<sub>2</sub>-Bindung - ist in Sachsen-Anhalt nicht vorhanden.

Die Kosten für Berufsgenossenschaften, Unterhaltungsverbände und Grundsteuer sowie der Nichtausgleich bei Natura 2000 versetzen viele von uns ohnehin in eine Lage, für die die „Mitteldeutsche Zeitung“ am 24. Mai 2019 in Bezug auf Hauseigentümer die Überschrift „Verdrängter Skandal der DDR - Die faktische Enteignung von Privateigentum“ wählte. Sie können diesen Artikel gern nachlesen. Dort galt, was heute wieder für uns Waldbauern gilt: Der Verlust des Eigentums läuft schleichend ab. Das wird zum Beispiel dann offenkundig, wenn einem Herr Staatssekretär Rehda mitteilt, dass Biber-schäden selbstverständlich entschädigungslos hinzunehmen sind. - Herr Daldrup, Sie waren dabei, als er das gesagt hat.

Die Kumulation der Belastungen der Waldbesitzer, zumal im Kleinprivatwald, hat dazu geführt, dass wir mit Stand von heute nur noch 52 000 Waldbesitzer in Sachsen-Anhalt haben. Im Jahr 1989 waren es 73 000. Aber auch die Eigentümer größerer Flächen verlieren die Lust derzeit massiv.

Ich sehe die Eingänge bei Abverkäufen; denn die Grundstücksverkehrsgenehmigungen laufen über meinen Schreibtisch. Wir haben eine Zunahme der Abverkäufe um 30 % im Bereich des kleinen Privatwaldes zu verzeichnen. Das ist eine massive Eigentumsaufgabe, wie wir sie zum letzten Mal bei den Hauseigentümern in der DDR erlebt haben. Scheinbar bevorzugen die einen oder anderen in ihrer Einstellung zum Eigentum ein Zurück in die DDR.

Das erstaunt uns insbesondere deshalb, weil niemand Wald erwirbt, der nicht ein Mindestmaß an Naturenthusiasmus mitbringt. Wir sind diejenigen, die helfen wollen, den Klimawandel zu bewältigen, und uns wird derzeit massiv ins Genick getreten. So empfinden wir das. Darüber muss man reden.

Bei allem Enthusiasmus sind wir realistisch genug, um zu wissen, dass wir keine Mittel haben, um in den Extremwetterfonds einzuzahlen. Wie eine Finanzierung darstellbar ist, haben wir aufgezeigt. Das Waldschadensurteil von 1987 hat auch klargemacht, wie sich die rechtlichen Rahmenbedingungen darstellen; diese sind zu berücksichtigen. Zudem sehen wir das Land selbst auch in der Frage der Mittelbereitstellung klar in der Pflicht. Ihm obliegt zuvörderst der Waldschutz.

**Vorsitzender Bernhard Daldrup:** Die Emotionalität aufgrund der Lage der Waldbesitzer kann ich verstehen. Trotzdem muss man beim Thema bleiben. Daran, dass wir heute schon viele Abgaben haben, die mit Emittenten zu tun haben, Stichwort CO<sub>2</sub>-Emissionshandel und auch die von Ihnen genannten Steuern, haben wir auch gedacht. Komischerweise sind diese Töpfe - da gebe ich Ihnen recht - für diesen Bereich gar nicht verfügbar, zumindest nicht im Moment. Es ist eine politische Aufgabe, dafür zu sorgen, dass genau diese Töpfe auch auf der EU-Ebene für diese Zwecke verfügbar gemacht werden.

**Abg. Dorothea Frederking (GRÜNE):** Ich stimme Ihnen komplett darin zu, dass die Opfer des Klimawandels unterstützt werden müssen. Dafür setze ich mich auch politisch ein. Wie Sie wissen, stehen wir Grüne auch für eine CO<sub>2</sub>-Bepreisung. Zurzeit werden nur im Bereich des Stroms über den Emissionshandel die CO<sub>2</sub>-Emissionen bepreist, nicht aber im Wärme- und im Mobilitätsbereich. Die Debatte bei der letzten Landtagssitzung hat deutlich gezeigt, dass das kommen wird. Es stellt sich auch hierbei die Frage, wie man eine solche CO<sub>2</sub>-Bepreisung gestaltet. Wird das Geld, das damit eingenommen wird, komplett an die Bürgerinnen und Bürger gezahlt? Oder könnte man es auch nutzen, um Schäden des Klimawandels auszugleichen oder auch Vorsorge durch Anpassungsmaßnahmen an den Klimawandel zu treffen?

Meine Frage an Sie: Könnten Sie sich vorstellen, dass zumindest ein Teil der Einnahmen einer CO<sub>2</sub>-Bepreisung, an die Opfer gegeben wird?

**Franz Prinz zu Salm-Salm (WBV):** Das wäre fraglos sinnvoll. Die Frage ist, wie lange das dauert. Deswegen halte ich eine Bundesratsinitiative, die sich die Frage stellt, wie wir an die Mineralölsteuer oder an die Kfz-Steuer herankommen und wie wir daraus Mittel abzweigen können, für realistischer. Ich sehe nämlich, dass wir viele tolle Vorschläge haben, aber unsere Erfahrung seit dem Waldschadensurteil ist: 30 Jahre Still-

stand. Es hat sich nichts getan. Daher meinen wir, es muss praktikable und schnelle Lösungen geben. Unser erster Ansatz ist es, bestehende Steuermittel in eine sinnhafte Verwendung umzulenken.

**Abg. Guido Heuer (CDU):** Es ist richtig, was Sie hier fordern. Der Wald trägt zu einem großen Teil zur CO<sub>2</sub>-Speicherung bei. Dass wir als CDU wenig von der CO<sub>2</sub>-Steuer halten, ist hinlänglich bekannt. Sie haben eine Steuer komplett vergessen: die Öko-steuer, die wir an der Tankstelle bezahlen.

Dass diejenigen, die CO<sub>2</sub> speichern, auch belohnt werden sollten, ist in der heutigen Zeit der richtige Weg. Ich kenne Beispiele aus dem Sülzetal, bei denen Gewächshäuser und Glaswerke zusammenarbeiten wollen und, obwohl sie das CO<sub>2</sub> herüberpumpen, trotzdem Zertifikate kaufen müssen. Das sind Dinge, die geklärt werden müssen. Eine Bundesratsinitiative halte ich zumindest für einen gangbaren Weg, der aber sicherlich seine Zeit braucht.

Dafür, dass wir die Emittenten allein im Land Sachsen-Anhalt zur Kasse bitten, fehlt mir die Fantasie. Das auf Sachsen-Anhalt zu begrenzen würde bedeuten, dass wir einen Standortnachteil für unsere Wirtschaft schaffen. Das kann nur deutschlandweit bzw. europaweit laufen. Das eine ist die Bundesratsinitiative, wie wir an gewisse Steuertöpfe herankommen. Das muss Berlin machen und der Bundesrat kann über eine Initiative durchaus einen Startschuss dafür geben. Aber wir brauchen schnelle Lösungen.

Nun stellt sich die Frage: Wie könnten Sie sich die Gestaltung eines Extremwetterereignisfonds auch unter Beteiligung des Landes Sachsen-Anhalt - wenn die Frage der Emittenten deutschland- und europaweit geklärt ist - und auch unter Berücksichtigung der Begünstigten vorstellen? Damit meine ich nicht zuallererst die Waldbesitzer und die Landwirte; andere kommen dabei ebenso ins Spiel. Denn das ist ein Zusammenspiel auch mit den Kommunen und der Wirtschaft vor Ort. Haben Sie dazu Ideen?

Denn das Land Sachsen-Anhalt wird das allein nicht lösen können. Das können wir finanziell gar nicht aufbringen. Wir können nur unterstützend wirken, um das ganze Thema anzuschieben. Wir können sicherlich auch einen Anteil dazu leisten; das steht außer Frage. In welcher Höhe dieser Anteil sich bewegt, ist ein anderes Thema. Die Leistungsbeschreibung für das Konzept liegt vor. Auf die Vorlage des Konzepts sollten wir warten. Wir brauchen eine schnelle Lösung. Daher frage ich nach Ihren Lösungsansätzen.

**Franz Prinz zu Salm-Salm (WBV):** Ich kann das gern noch näher erläutern. Ich halte die Frage der Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen für ganz entscheidend. Wir haben mittlerweile in der Bewirtschaftung der Land- und Forstwirtschaft derartige Auflagen und Regelungen, dass, so denke ich, die Ökologie zu ihrem Recht kommt. Sachsen-

Anhalt ist das Bundesland mit den meisten stillgelegten Flächen; daran darf ich erinnern. Wir haben in diesem Bundesland längst einen Anteil von 10 % der Fläche im Wald stillgelegt. Das hat noch kein anderes Bundesland geschafft.

(Ministerin Prof. Dr. Claudia Dalbert, MULE: Das ist falsch - 8,7 %!)

- Trotzdem haben wir in diesem Bundesvergleich den größten Anteil an stillgelegten Flächen. Das ist die Wahrheit.

Wenn wir uns das einmal klarmachen, dann sollten wir uns überlegen, was Effizienz bedeutet, nämlich die vorhandene Fläche effizient zu nutzen. Dabei stelle ich fest, dass bei den Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen mittlerweile ein solcher Blödsinn betrieben wird, dass produktive Fläche aus der Produktion genommen wird. Wenn ich sehe, dass in der Börde hochproduktive Agrarstandorte zugepflanzt werden, dann frage ich mich, ob wir vergessen, dass die meisten Menschen auf dieser Welt hungern. Das ist ineffizient.

Ich glaube, man sollte überlegen, ob man die Gelder aus den Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen umsteuert. Ich sage es noch einmal deutlich: Eine Einzahlung durch die Betroffenen ist bei unserer Klientel schlicht ausgeschlossen. Ich komme gerade aus meinem Betrieb. Die Pflanzungen von diesem Jahr sind genauso wie die Pflanzungen vom letzten Jahr schon wieder am Vertrocknen. Das ist die Realität. Ich gehöre zu den wenigen, die überhaupt noch gepflanzt haben.

Sie müssen sich klarmachen, was los ist. Wir werden, wenn das so weitergeht, erleben, dass wir im nächsten Jahr 30 000 ha Kahlfäche in Sachsen-Anhalt haben werden. Und es wird niemanden geben, der es aufforsten kann, weil die Strukturen nicht stimmen, weil die Maßnahmen nicht stimmen und weil vor allem eines nicht gemacht wurde: beizeiten das Holz vom Holzmarkt herauszubringen, und zwar über die regionalen Räume hinaus durch eine Beihilfe beim Abtransport des Holzes.

Wir laufen in eine Katastrophe hinein. Die Waldbesitzer geben auf. Dann frage ich, wer das machen soll, was Sie sich wünschen. - Das wird keiner mehr machen. Dann sind wir so weit wie bei den Häusern in der DDR.

**Abg. Dorothea Frederking (GRÜNE):** Das Thema mit den Setzlingen, die jetzt schon wieder verdorren, ist ein gutes Beispiel. Frage an Sie: Was müsste aus Ihrer fachlichen Sicht getan werden, um diesen Zustand zu beseitigen oder abzumildern?

**Franz Prinz zu Salm-Salm (WBV):** Die Israelis sind so weit, dass sie mittlerweile selbst bei Waldanpflanzungen Tröpfchenbewässerung machen. Das ist in einem Land, das aus Wüste besteht, vorstellbar. In Deutschland sind wir davon weit entfernt. Es gibt Gründe, woran das scheitert. Die primitivste Infrastruktur bis in die Wälder hinein ist



einfach nicht vorhanden. Das Land müsste ein Milliardenprogramm auflegen, um eine Infrastruktur für die Bewässerung in die Gebiete zu bringen. Das geht gar nicht. Die einzige Option, die wir haben, ist, zu hoffen, dass der liebe Gott ein Einsehen hat und wir die richtigen Baumarten wählen. Das tun wir schon die ganze Zeit.

Es wird so getan, als wenn der Waldumbau erst jetzt gestartet wäre. Wir haben den Wald in den letzten 20 Jahren so umgebaut, dass Sachsen-Anhalt, das ehemals mehr als 70 % Nadelholzanteil hatte, mittlerweile bei fast 50 % Laubholzanteil ist; es besteht fast eine Parität zwischen Laub- und Nadelholz. Wir haben die Hausaufgaben für das Land gemacht. Der Waldumbau ist massiv betrieben worden.

Er funktioniert zurzeit nicht, weil die Förderung nicht funktioniert; das ist die Wahrheit. Die Förderung ist zurzeit die größte Bremse des Waldumbaus; sie läuft in der Verwaltung von oben nach unten und von unten nach oben nicht durch.

**Abg. Dorothea Frederking (GRÜNE):** Aber was bedeutet das konkret bezogen auf das Problem mit den Setzlingen, die verdorren?

**Franz Prinz zu Salm-Salm (WBV):** Im nächsten Jahr wieder pflanzen. Ich verstehe die Frage nicht.

**Abg. Guido Heuer (CDU):** Wir haben das Thema Extremwetterereignisfonds. Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen sind für mich andere haushalterische Themen. Dazu haben wir als CDU-Fraktion eine klare Position; das steht außer Frage. Auch die Wiederaufforstung und dass sich das rechnen muss, 30 % Laubholzanteil gegenüber reinen Fichtenkulturen - all das ist klar. Darüber müssen wir diskutieren.

Wir haben hier das Thema, wie wir einen Extremwetterereignisfonds gestalten können, um die Folgen von Extremschadensereignissen abfedern zu können. Die anderen Probleme verstehe ich. Aber wir haben dieses eine Thema. Darauf sollten wir schauen. Dazu interessieren mich die Vorschläge. Dass wir Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen machen müssen, ist verständlich. Das sind aber Fördermaßnahmen. Jetzt geht es um die Gestaltung dieses Fonds.

**Franz Prinz zu Salm-Salm (WBV):** Ohne Moos nichts los. Die übrigen Maßnahmen sind für mich ziemlich klar. Es muss eine Vorbereitung geben, damit das, was bei der jetzigen Katastrophe passiert ist, nicht wieder passiert. Das Holz muss sofort raus aus dem Land. Im Vorfeld müssten Gelder bereitgehalten werden, um Transportbeihilfen für die überregionale Verschiffung und Verfügung des Holzes auf den Weg zu bringen. Hätten wir eine Transportbeihilfe von 10 € pro Festmeter gehabt, dann hätten wir das ganze Holz auf die Bahn gepackt und hätten es nach sonst wo in Europa gefahren.

Das wäre überhaupt kein Thema. Dann wäre der Holzberg, der jetzt entstanden ist, nicht entstanden. Das haben wir in der Magdeburger Erklärung am 20. April 2018 gefordert. Aber darüber ist es leider nie zu Gesprächen gekommen.

Wir haben konkrete Vorschläge gemacht, wie man den jetzigen Super-GAU am Holzmarkt, der zu Teilen hausgemacht ist, vermeidet, nämlich indem man die Logistik bereitstellt. Das heißt, die Bereitstellung von Logistikmöglichkeiten, Transportbahnhöfen in Sachsen-Anhalt, Geldmittel für Bahnverfügung etc. ist der eine Aspekt. Der zweite Punkt ist, dass solche Dinge wie die Befreiung vom Kabotageverbot in solchen Situationen automatisch laufen müssen. Das darf keine große Formalie mehr sein.

**Abg. Hannes Loth (AfD):** Das, was Herr Heuer vorhin zu dem Thema geäußert hat, ist natürlich sehr kurz gedacht, nach dem Motto: Das, was dahinter kommt, müssen wir nicht weiter beachten. Natürlich sollte der Extremwetterereignisfonds die Folgen abfedern. Dass die Folgen im Ackerbau andere sind als im Waldbau, sollte auch klar sein. Dabei ist der Einwand vom Vorsitzenden des Waldbesitzerverbandes völlig legitim und sollte auch berücksichtigt werden.

Wir haben im Jahr 2016, als wir neu im Landtag waren, eine Diskussion darüber geführt, wieso die ganzen Bahnhöfe geschlossen werden. Wir haben mitbekommen, dass es nicht unbedingt an uns liegt, sondern an der großen strategischen Ausrichtung der Deutschen Bahn, die 23 000 Lkw betreibt, aber nur 3 000 Züge.

Wir haben uns, als wir im Harz im Wald waren und den Bahnhof gesehen haben, auch darüber unterhalten, dass der wieder schnell angeschlossen wurde, nachdem man erkannt hatte, dass man das machen kann. Aber all das bedarf dieser langen Vorlaufzeit und kann im Zweifelsfall nicht helfen, weil es noch nicht das ist.

Es müsste etwas getan werden, damit gerade das Holz schnell verschifft werden kann. Wir haben es mitbekommen: Es wird mittlerweile nach China verschifft. Aber insgesamt wird noch sehr wenig getan. Alle Lager sind voll. Alle regionalen Produzenten sind voll. Die Wälder hängen noch immer voll und es kommt nicht raus. Wir hätten schon viel eher daran denken können, dort besser zu fördern. Es gibt im Übrigen auch keine Lkw-Fahrer mehr, weil die nicht mehr ausgebildet werden.

**Abg. Guido Heuer (CDU):** Herr Loth, dass ich an der Seite des Waldbesitzerverbandes stehe, ist keine Frage. Ich habe einen Vorschlag gehört: Unterstützung aus dem Extremwetterereignisfonds; eine Möglichkeit wäre, daraus Transportzuschüsse zu zahlen, egal in welcher Höhe. Es wurden 10 € genannt. Darüber muss man diskutieren. Das kann man aufnehmen. Aber dass wir uns im Zusammenhang mit dem Extremwetterereignisfonds über Zukunftsstrategien unterhalten, wie wir Waldumbau betreiben, ist hier nicht Thema.

Hier geht es um akute Soforthilfen. Herr Feuerborn hat es gesagt: Innerhalb von drei Monaten war die Hochwasserhilfe im Jahr 2013 auf den Weg gebracht. Darüber müssen wir uns unterhalten. Dafür brauchen wir einen Extremwetterereignisfonds, der, wenn möglich, unabhängig vom Haushalt bestückt wird. Ansonsten haben wir jedes Mal eine Haushaltsdiskussion. Genau deshalb unser Vorschlag und darum diese Anhörung als erster Schritt. Darüber müssen wir reden; denn die nächsten Schadensereignisse werden kommen.

**Vorsitzender Bernhard Daldrup:** Ich möchte ich die Diskussion an dieser Stelle beenden; denn wir wollen beim Thema bleiben.

#### **Pächterverband Sachsen-Anhalt e. V.**

**Jan-Friedrich Rohlfing (Pächterverband):** Als letzter Anzuhörender und Vertreter eines kleinen Verbandes bleibt mir nur noch, mich meinen Vorrednern anzuschließen bzw. eine Zusammenfassung vorzunehmen. Ein Extremwetterereignisfonds ist heute das Thema, das sicherlich wichtig ist. Aber im Vorfeld muss geklärt werden, für wen dieser Fonds überhaupt zur Verfügung steht.

Wir erinnern uns an das Hochwasser vor zwei Jahren. Damals hatten wir noch Regen, auch in ausreichendem Maße. Die Kommunen schreien als Erstes, das Dorf sei ertrunken und sie brauchten Hilfe. Natürlich brauchen sie auch nach acht Wochen Hilfe oder, wie im Fall des Hochwassers im Jahr 2018, Soforthilfe, was vor zwei Jahren auch lange gedauert hat.

Ich selbst bin Nachbar einer Kommune, in der das eingetreten ist. Hätten wir in der letzten Woche diesen Regen bekommen, der in Teilen von Niedersachsen und Süddeutschland gefallen ist, hätten wir das gleiche Ereignis wieder gehabt und wir hätten heute eine andere Diskussion geführt, weil einige Dörfer wieder im Schlamm gestanden hätten.

Also wer soll etwas aus dem Fonds bekommen? Die Begehrlichkeiten sind groß. Die Forstbesitzer brauchen etwas, die Landwirtschaft braucht etwas, die Kommunen brauchen etwas, je nachdem, ob es von oben kam oder unten gefehlt hat.

Die Dürre im letzten Jahr zeigt: Die Betriebe, die im letzten Jahr schon nichts geerntet haben und jetzt sehenden Auges in vier Wochen vermutlich wieder wenig oder noch weniger als im letzten Jahr ernten werden, haben die letzte Dürrehilfe, die bereitgestellt wurde, noch immer nicht erhalten. Das Problem bei diesen Dingen sind die extrem lange andauernden bürokratischen Hemmnisse, ehe ein Betrieb etwas bekommt, wie die 10 € Beihilfe für den Abtransport von Holz etc.

Es stellt sich auch die Frage, wie groß ein solcher Fonds sein soll. Was nützt es uns, wenn aus diesem Fonds 100 € pro Hektar für jeden Landwirtschaftsbetrieb zur Verfügung gestellt werden? Das über die private Versicherungswirtschaft zu regeln, wäre ein Weg, der wesentlich schneller und auch effizienter funktionieren würde. Wir können uns mittlerweile gegen Frostschäden, gegen Niederschlagsschäden, gegen Hagelschäden versichern. Im Prinzip sind Dürreschäden das Einzige, gegen das wir uns nicht versichern können, um die vier Wetterextreme, die die Landwirtschaft betreffen, zu schützen.

Es wäre gut gewesen, wenn wir das im letzten Winter auf den Weg gebracht hätten. Dann wären die Versicherungen so weit und es wäre auch bezahlbar. Es gibt bereits Versicherungen dafür. Aber wenn ich erst eine Versicherungsprämie von 500 € zahlen muss, dann brauche ich mich nicht mehr zu versichern; denn dann erlebe ich die nächste Ernte nicht. Das heißt, wenn wir das kurzfristig hinbekommen hätten, dann hätten wir die Diskussion, die in drei bis vier Wochen wieder entbrennen wird, gar nicht.

Das Nächste, das uns mit dem Wetter, wie es vorhergesagt wird, bevorsteht, ist ein massiver Strukturwandel. Das, was Herr Salm für den Wald gesagt hat, tritt in den nächsten sechs bis sieben Monaten auch in der Landwirtschaft ein.

Es wurde schon gesagt: Es wird in diesem Jahr keine Dürrehilfe geben. Das war im letzten Jahr auch sehr unglücklich von allen Akteuren, auch seitens der Landwirtschaft. Was nützen uns 300 Millionen €, wenn wir einen Schaden von 2,5 Milliarden € haben? Auch die vor- und nachgelagerten Bereiche gehen am Stock. Wenn nichts geerntet wird, dann kann der Spediteur nicht fahren, kann der Handel nichts umschlagen - und so setzt sich die Kette fort.

Wir werden sehen, dass in sechs bis sieben Monaten die Fachzeitschriften hinten drei Seiten mehr drucken werden, weil ein Strukturwandel einsetzen wird, der nicht mehr aufzuhalten ist. Im letzten Jahr war schon kein Geld da und jetzt wird wieder nur die Hälfte geerntet. In vier Landkreisen hat es passend geregnet, aber in den anderen sieben hat es nicht geregnet. Das ist ein Problem, das wir durch eine Versicherung hätten lösen können. Wir müssen es aber zumindest bis zur nächsten Ernte lösen. Denn bis zur nächsten Ernte ist auch noch kein Extremwetterereignisfonds eingerichtet.

Wer möchte etwas davon haben? - Die Waldbesitzer können keine Tröpfchenbewässerung an die Bäume bauen, müssen aber zum dritten Mal anpflanzen. In unserem Wald vertrocknen die Bäume ebenso. Die einzige Möglichkeit besteht darin, wieder neu anzupflanzen. Vorher müssen erst die ganzen Brombeeren entfernt werden, die gewachsen sind. Dafür hat man aber gar keine Leute mehr. Das ist eine endlose Kette.

Zu der angesprochenen Berechnungsproblematik im Bereich der Landwirtschaft. Das scheitert daran, dass wir keine Genehmigung bekommen, einen Brunnen zu bohren. Man muss sich auch darüber im Klaren sein, dass nur die Beregnung von Sonderkulturen lohnenswert ist. Es kann nicht ganz Sachsen-Anhalt in den Kartoffel- oder Gemüseanbau einsteigen. Wir sind mittlerweile so weit, dass sich noch nicht einmal der Anbau von Zuckerrüben lohnt; das lohnt sich in zwei bis drei Jahren wieder. Aber dann haben wir vielleicht auf einem Anteil von 20 % unserer Kulturfläche eine gute Fruchtfolge, die wir dann veredeln können.

Aber das scheitert daran, dass wir noch nicht einmal eine Genehmigung bekommen, einen Brunnen zu bohren. Denn es heißt dann, der vorhandene Grundwasserkörper darf nicht genutzt werden. In manchen Gegenden ist das technisch auch gar nicht möglich. Aber wir sollten zumindest die Genehmigungsmöglichkeit erhalten.

Der Bau einer Kreisberegnungsanlage ist im Hinblick auf die Genehmigung mittlerweile ebenfalls schwierig, obwohl es sich hierbei um eine mobile Anlage handelt. Aber es scheitert schon an der Genehmigung für den Brunnenbau.

Bei diesen Punkten sollten wir ansetzen: Eine Versicherung für das Jahr 2020. Wer es denn möchte und finanziell dazu in der Lage ist, sollte eine Beregnungsanlage bauen dürfen. Die Fertigstellung einer solchen Anlage kann bis zum nächsten Frühjahr realisiert werden. Damit könnte ein Betrieb zumindest in Teilen seine Kulturen standfester machen. Ein Anteil von 50 % des Getreides kann dann auch vertrocknen, wenn ich eine Kultur habe, die so ertragreich ist, dass sie den Betrieb zumindest stabilisiert - von Gewinn wollen wir noch nicht sprechen. Gewinne hat die Landwirtschaft im letzten Jahr nicht gemacht; sie macht auch in diesem Jahr keine Gewinne und sie wird im nächsten Jahr keine Gewinne machen.

Insofern nützen uns auch steuerbefreite Rücklagen nichts. Darüber können wir uns sicherlich unterhalten, aber wir müssen erst einmal in der Lage sein, überhaupt Rücklagen zu bilden.

Das, was wir wirklich brauchen, ist etwas, das zur nächsten Ernte wirkt. Die diesjährige Ernte beginnt angesichts der derzeitigen Wetterlage in vier Wochen, doch in diesem Jahr gibt es gar nichts zu ernten, weil es in diesem Jahr wesentlich extremer ist als im letzten Jahr. Wir müssen etwas für das Jahr 2020 haben. Einen Extremwetterereignisfonds können wir nach meiner Einschätzung bei der angeschobenen Diskussion, die auch gut ist, in so kurzer Zeit nicht realisieren. Es nützt nichts, wenn jeder 100 € aus dem Fonds erhält; damit ist die Schuldigkeit nicht getan. Damit würde das Ziel verfehlt werden, zumindest kurzfristig und angesichts der Probleme, die derzeit existieren.

**Abg. Guido Heuer (CDU):** Ihr Wunsch bzw. Ihre Forderung wäre es, aus einem eventuell zu schaffenden Extremwetterereignisfonds, für den wir plädieren, Zuschüsse für eine Versicherung zu zahlen. Das wäre Ihr Vorschlag. Das zweite Thema, die Beregnung, würde ein Förderprogramm betreffen. - Ich möchte das ein bisschen aufdröseln; denn wir müssen sehen, wohin wir kommen wollen.

Zuschüsse zu einer Versicherung aus dem Fonds könnte ich mir zumindest vorstellen. Alle anderen Diskussionen, auch die von Herrn Salm-Salm, sind völlig richtig, aber das sind Themen, die den Haushalt und Förderprogramme betreffen. Das nehmen wir auf; denn das sind wichtige Themen.

**Abg. Dorothea Frederking (GRÜNE):** Wir haben in der Tat die Aspekte der Anpassung an den Klimawandel und der Herausforderungen, die damit einhergehen, eingebracht. Ich möchte auf die Frage von Herrn Heuer, warum wir das gemacht haben und warum ich das eingebracht habe, antworten. Wir haben gravierende Schäden und gravierende Auswirkungen in der gesamten Produktionskette - Spediteure, Verarbeitung usw. Wir stehen also vor großen Herausforderungen.

In diesem Zusammenhang war es für mich auch wichtig, herauszufinden, was ein Extremwetterereignisfonds im Rahmen von vielen Bausteinen überhaupt bewirken kann und wie dieser gestaltet werden kann. Deshalb habe ich auch diese Fragen gestellt und zum Teil die etwas provokante Aussage getroffen, dass es nur ein Tropfen auf den heißen Stein wäre. Wir müssen herausfinden, welche Bausteine an welcher Stelle wirken können und dann auch wirklich wirksam sein können.

An dieser Stelle möchte ich die Frage von Herrn Salm-Salm beantworten. Sie haben gesagt, Sie würden meine Einlassung nicht verstehen. Wenn die Setzlinge an den Standorten verdorren, dann wird die Neuanpflanzung möglicherweise auch nicht helfen. Also viel Geld hilft vielleicht nicht unbedingt. Wir müssen gucken, wo wir das Geld einsetzen. Deshalb war meine Frage: Was wünschen Sie sich in Bezug auf die Setzlinge? Ich habe es auch in meiner Rede im Rahmen der Aktuellen Debatte zum Thema Forst gesagt: Wir brauchen mehr Ehrlichkeit zu den Ursachen und mehr Fachlichkeit, weniger Schuldzuweisungen, um dann tatsächlich zu den Lösungen zu kommen, die den Waldbau langfristig ermöglichen und der Landwirtschaft auch langfristig Sicherheit geben.

**Abg. Hannes Loth (AfD):** Wird das Ministerium noch etwas dazu sagen?

**Vorsitzender Bernhard Daldrup:** Das Ministerium ist im Anschluss an der Reihe.

Ich fasse jetzt zusammen und beende die Anhörung. Ich glaube, wir haben heute durchaus interessante Aspekte gehört, auch zu der Frage, wie ein solcher Fonds gespeist werden soll. Ich glaube, wir sollten uns darüber Gedanken machen - das ist

auch Gegenstand von Untersuchungen -, welchen Zweck ein solcher Fonds hat. Ein solcher Fonds kann auch nur e i n e Maßnahme sein; er kann nicht die alleinige Maßnahme sein, die notwendig ist, um den Anforderungen der Zukunft gerecht zu werden.

Ich bedanke mich herzlich bei den Anzuhörenden und bei den Gästen dafür, dass sie hier gewesen sind. Ich glaube, sie haben uns ein Stück weitergebracht. Es wird sicherlich nicht die letzte Diskussion in diesem Zusammenhang gewesen sein.

Schluss des öffentlichen Sitzungsteils: 11:39 Uhr.